

23. MAI



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XY/117 - 21. Mai 1950

 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
 Fernsprecher 21831-33
 Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:Zeilen:

1 - 2

Das Mietengesetz

92

Ein Angriff auf den Lebensstandard

2a

Chruschtschow tritt auf der Stelle

35

Zu seiner Ostberliner Rede

3 - 4

Unterschiedliche Aufgaben - ein Ziel

72

Begegnung SPD-Präsidium - Schlesische Landsmannschaft

Ein Gespräch in Bergneustadt

Von Gert Koegel

5

Geschwindigkeitsbeschränkungen sind kein Allheilmittel

51

Zu Seebohms umstrittenen Plänen

6

Das "Brandenburger Tor" halbiert Berlin

39

 Eine erfreuliche Bilanz des
 Kuratoriums "Unteilbares Deutschland"

* *

*

Das Mietengesetz

rd. - In der letzten Plenarsitzung des Bundestages vor den Pfingstferien wird die Regierungsmehrheit, die CDU/CSU, das Mietengesetz durchpeitschen. Sie hat sich vorgenommen, keinerlei Änderungsanträgen zuzustimmen, wer immer auch und aus welchen Gründen er solche Anträge gestellt haben möge. Das Motto dieser Absicht ist auch hier das Wort des Abgeordneten Schmücker (CDU), nach dem sich diese Partei nicht vom Fachverstand, sondern allein von ihrer politischen Willen leiten läßt.

Das politische Ziel dieses Gesetzes aber ist die Umverteilung von Einkommen. Die geplanten Mieterhöhungen sollen etwa 900 Millionen bis zu einer Milliarde DM Arbeitseinkommen jährlich in Einkommen des Hausbesitzes umwandeln. Betroffen sind von dieser Mieterhöhung vorwiegend die Mieter von fünf Millionen Altwohnungen, das sind Wohnungen, die vor dem 20. Juni 1948 errichtet wurden. Sie sollen, nach den Angaben des Wohnungsbauministers Lücke, im Durchschnitt 25 bis 30 v.H. mehr Miete zahlen als bisher; nach anderen Berechnungen sollen es jedoch 38 v.H. Mieterhöhungen werden. Auch damit sind die Grenzen dieser Mieterhöhungen noch nicht erreicht.

Die Begründung für diese Erhöhung der Mieten und diese Umverteilung von Einkommen zu Gunsten des Miethausbesitzes ist die, die seit 1936 gestoppten Mieten hätten einen Instandsetzungs- und Erneuerungsbedarf des Hausbesitzes von schätzungsweise dreizehn bis vierzehn Milliarden DM entstehen lassen. Die gleiche Begründung wurde aber bereits beim ersten Mietengesetz gegeben, das dem Hausbesitz zugestand, sich eine "Kostenmiete" genehmigen zu lassen, wenn die tatsächlich gezahlte Miete die Erhaltungskosten des Hauses sowie die Verzinsung und Amortisation des darin investierten Kapitals nicht deckte. Von dieser Möglichkeit, sich eine kostendeckende Miete genehmigen zu lassen, haben seither die Hausbesitzer nur in 60 000 Anträgen für etwa 300 000 Wohnungen Gebrauch gemacht. Danach wären also bei 4,7 Millionen Altwohnungen, denen man jetzt gesetzlich und ohne weitere Prüfung durchschnittlich bis dreißig Prozent Mieterhöhung zugestehen will, die Mieten bisher ausreichend gewesen.

Doch nicht nur die Mieter von Altwohnungen, auch solche in Wohnungen des sozialen Wohnungsbau werden mit steigenden Mieten zu rechnen haben. Die bereits einmal um zehn Pfennig pro Quadratmeter erhöhten Mieten sollen nun noch einmal bis zu zehn Pfennig heraufgesetzt werden. Außerdem fällt zum 1. April 1963 die Grundsteuerermäßigung für diese Bauten fort; die dann zu zahlende Grundsteuer in Höhe von siebzehn bis achtzehn v.H. wird voll auf die bisherigen Mieten aufgeschlagen.

Diese Angriffe auf die Arbeitseinkommen hält man für nötig, weil der Wohnungsmangel zur Zeit nicht mehr dringend und bei weiterem jährlichen Bau von 500 000 Wohnungen im Jahre 1963 das Wohnungsdefizit etwa gedeckt sein soll. Dann sollen die Mieter vollends freigegeben werden. Die jetzigen gesetzlichen Maßnahmen sollen nur der schrittweisen Anhebung an die dann zu erwartenden Marktmieten dienen.

Die Mietfreigabe hält Lücke für vertretbar, wenn das Wohnungsdefizit, das ist die Differenz zwischen den vorhandenen Wohnungen und der Zahl der Familienhaushalte, nur noch drei Prozent beträgt. Nach den Angaben des Ministers ist der Wohnungsbestand zur Zeit etwa 14,5 Millionen, die Differenz zu den Familienhaushalten 1,25 Millionen, der zuwachsende Neubedarf beträgt aber jährlich bis zu 200 000 weitere Wohnungen und damit innerhalb der vier Jahre bis 1965 etwa 800 000. Der tatsächliche Fehlbestand wäre also 2,5 Millionen nach Angaben des Ministers - und damit zur Zeit vierzehn Prozent des Bestandes.

Wollte man die Wohnungen in den Freien Markt entlassen, die Mietpreise sich auf diesem Markt einpendeln lassen, so wäre zumindest nötig, dieses Defizit zuvor zu decken, nicht aber dirigistisch vorher die Preise anzuknaben. Reichen die Mieten zur Zeit nicht aus, um die Kosten zu decken, so besteht immer noch die Möglichkeit, sich eine Kostenmiete genehmigen zu lassen. Aber darauf geht es der CDU/CSU gar nicht.

Wir zitieren noch einmal Lücke selbst. Die Regierung will

- a) die Mietpreisbindungen, den Mieterschutz und die öffentliche Wohnraumbewirtschaftung abbauen;
- b) schon in der Übergangszeit zum Freien Markt das Niveau der Altbaukosten an das mutmaßliche künftige Niveau der Mieten nach Beseitigung der Preisbindung heranzuführen;
- c) die bisher objektbezogene Förderung des sozialen Wohnungsbaus in eine subjektive Miet- und Lastenbeihilfe, die soziale Härten der Mietpolitik mindern soll, umzuwandeln.

Diese Punkte machen die Einseitigkeit der Politik der Regierung und der Regierungspartei deutlich. Die gleiche Regierung, die generell dem Hausbesitzer Mieterhöhungen zugestimmt, ohne ihn zum Nachweis seiner Kosten anzuhalten - wie sie generell jeden in der Landwirtschaft Subventionen auf Milch, Düngemittel gewährt, gleichgültig, ob er sie nötig hat oder nicht - verlangt künftig vom Mieter den Nachweis aller seiner Einkommen und darüber, warum er diese erhöhten Mieten nicht mehr tragen kann. Hier werden die Familien auf den Status der Fürsorgeempfänger zu Gunsten des Hausbesitzes herabgedrückt. Und diese Politik nennt sich, genau wie die soziale Marktwirtschaft, in deren Namen man sie praktiziert, "Soziales Mietrecht".

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften werden gegen diese Absichten opponieren. Die SPD wird versuchen, dem Gesetz entgegenzutreten und wenn möglich, es in seinen Wirkungen zu mildern. Die Gewerkschaften aber werden die Einkommensschmälerung der Arbeitnehmer nicht stillschweigend hinnehmen. Die Konsequenzen wird die gesamte Wirtschaft sehr bald in neuen Lohnforderungen zu spüren bekommen.

Chruschtschow tritt auf der Stelle

sp - Nach dem Donnersturz, den der sowjetrussische Ministerpräsident in Paris entfacht hatte, glich sein Auftreten in Ostberlin mehr einem sanften Säuseln. Nicht zur Freude der ostberliner SED-Funktionäre. Sie hatten nach den turbulenten Pariser Tagen wohl mehr von Chruschtschow erwartet, als die Ankündigung, zunächst bleibe für sechs bis acht Monate alles beim alten, nichts werde von sowjet-russischer Seite geschehen, was die Situation auf die Spitze treiben könnte. Das ist für die Herren von Pankow eine kalte Dusche auf hochgespannte Erwartungen. Der allmächtige Herr des Kreml nannte zwar oft seinen Statthalter in Ostberlin einen lieben Freund, aber diese freundschaftliche Verbundenheit ging doch nicht soweit, grünes Licht für Ulbricht zu geben. Chruschtschow schlug in seiner Rede verhältnismäßig milde Töne an, er enthielt sich massiver Drohungen. Hat er erkannt, daß er in Paris den Bogen zu weit spannte? Mit der Wiederholung seines Vorschlages nach einer neuen Gipfelkonferenz noch zu Ende dieses oder zu Beginn des nächsten Jahres hat er seinen Willen bekundet, die dünn gewordenen Fäden zum Westen nicht abreißen zu lassen. Dieser vernünftigen Auffassung ist man auch im Westen. Die Bestandaufnahme, die jetzt in London, Paris und Washington erfolgt, geschieht schon in einer ruhigen Atmosphäre. Überraschungen im Sinne einer Verschärfung der Lage sind von dieser Seite bestimmt nicht zu erwarten, so daß, ohne daß man allzu sehr dem Optimismus zu huldigen braucht, sich wohl sagen läßt, die Tendenz zur Zurückhaltung und Mäßigung wird sich doch durchsetzen.

Chruschtschow verband seine sonst so milde ostberliner Rede mit wilden Angriffen gegen den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt. Diese Ausfälle gegen einen Mann, der heute an der vordersten Front im Ringen um die Erhaltung der Freiheit steht, sind wohl nur durch die Enttäuschung Chruschtschows über den bisherigen Fehlschlag seines Berlin-Vorstoßes zu erklären. Der russische Ministerpräsident zielt auf Brandt, meint aber damit den unzerstörbaren Selbstbehauptungswillen der Berliner, dem sich das ganze deutsche Volk verbunden weiß.

Unterschiedliche Aufgaben - ein Ziel

Von Gert Koegel

Es ist nicht die Aufgabe einer Partei, Vertriebenenpolitik zu betreiben. Und es ist nicht Sache der Vertriebenenorganisationen, sich auf die Linie einer Partei festzulegen. Bei dem Gespräch in der Heimvolksschule Bergneustadt, das am 19. und 20. Mai zwischen dem Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien und dem Parteipräsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stattfand, zeigte sich, daß - bei aller Unterschiedlichkeit der Aufgabenstellung - ein gemeinsames Ziel die Partner vereint. Es geht darum, wie Herbert Wehner es in seinem Referat ausdrückte, den Zusammenhalt des deutschen Volkes als Nation zu erhalten.

Gerade in der jetzigen Situation, nach der gescheiterten Gipfelkonferenz, kommt es darauf an, das Vertrauen in die moralische und nationale Integrität der demokratisch-staatstragenden Faktoren herzustellen und zu erhalten. Es hat sich erwiesen, daß das Fehlen dieses Vertrauens in der Vergangenheit die Auseinandersetzung um die Lösung der deutschen Frage ungemein erschwert hat. Vor allem bedarf es dieses Vertrauens, wenn die deutsche Außenpolitik mehr sein soll als ein innenpolitisches Schlaginstrument.

An der Spitze aller Forderungen steht das Recht auf Selbstbestimmung. Nur die Nation setzt aber das Selbstbestimmungsrecht für sich durch, die sich selbst als Nation durchsetzt und dieses Recht für alle voll anerkennt.

Es geht bei den Auseinandersetzungen um den deutschen Osten um ein Gebiet mit einer 700-jährigen deutschen Geschichte. Keine der betroffenen Seiten kann der anderen ihre Lösung aufzwingen. Eben darum aber müssen diese deutschen Probleme - darüber waren sich alle Anwesenden einig - immer wieder auf internationaler Ebene ins Gespräch gebracht werden. Damit ist zugleich ein Thema angeschnitten, das allen um die Lösung Bemühten die größte Sorge bereitet - die mangelnde Öffentlichkeitsarbeit. Die Schuld daran tragen zum Teil die Vertriebenenorganisationen selbst. Sie befanden sich - bisher - in einer gewissen Isolierung, die ihre gerechte Sache wenig förderte, ihr sogar schadete.

Bergneustadt war ein Schritt aus der Isolierung heraus. Die Aufklärungsarbeit über die Probleme der deutschen Ostgebiete, die gesamtdeutsche Probleme sind, muß jedoch im In- und Ausland intensiviert werden. Minister Schellhaus, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft

Schlesien, wies darauf hin, daß der Millionenpropaganda im Osten von westdeutscher Seite nichts entgegengesetzt wird. Er verlangte die Einsetzung von Ostattachés bei den Botschaften der wichtigsten Länder, wirkliche Kenner der Lage, die auf Grund des Rechts auf Selbstbestimmung für alle Menschen im Ausland immer wieder die deutsche Frage ins Gespräch bringen.

Aber auch in der Bundesrepublik selbst muß die Aufklärungsarbeit verstärkt werden. Was zum Beispiel weiß der Bundesbürger von den tschechischen und polnischen Ansprüchen auf Schlesien während des 19. und 20. Jahrhunderts? Prof. Dr. Birke vom Herder-Institut Harburg befaßte sich eingehend mit diesem Thema.

Interessant war die verschiedenartige Stellungnahme der Gesprächspartner zur Frage der Aufnahme von Beziehungen zu Ländern des Ostblocks. Dabei zeigte sich, daß schon die verallgemeinernde Bezeichnung "Ostblock" ein grundsätzlicher Fehler ist. Der Westen muß lernen, daß er - zumindest zwischen Polen, der Tschechoslowakei und auch Ungarn - differenziert. Und die Bundesrepublik kann nicht verlangen, daß ihr Standpunkt, der auf klaren, völkerrechtlichen Voraussetzungen beruht, wie Dr. Doms anhand zahlreicher Zitate bewies, in diesen Ländern überhaupt zur Kenntnis genommen wird, wenn sie dort keine Vertretungen unterhält. Aus diesem Grunde sind die Vertreter der SPD für die Aufnahme von Beziehungen, während die Vertreter der Landsmannschaft anscheinend immer noch befürchten, dieser Schritt enthalte zugleich ein Zugeständnis.

Eine Tatsache aber schälte sich in Bergneustadt klar heraus - die Partner mit der gleichen Zielsetzung wissen noch zu wenig voneinander. Beide jedoch lieben ihr Volk und müssen die Probleme gemeinsam lösen. Es geht nicht darum, den anderen von seinen eigenen Ansichten zu überzeugen, sondern sich gegenseitig zu helfen und voranzubringen. Es wird keine Lösung in einem Akt geben, aber durch gemeinsame Arbeit ein Schritt für Schritt voranarbeiten. Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist eine eigene, klare Konzeption.

Das Gespräch von Bergneustadt war in dieser Beziehung ein großer Schritt nach vorne. Es hat sich erwiesen, daß Gespräche von Partnern mit unterschiedlichen Aufgaben einen Sinn haben, weil beide auf ein gemeinsames Ziel zustreben, das der Einzelne nicht allein erreichen kann.

Geschwindigkeitsbeschränkungen sind kein Allheilmittel

H.M. - Die mit modernen Fahrzeugen erzielbare Fahrgeschwindigkeit wird häufig als eine der Hauptursachen für den Anstieg der Unfälle im Straßenverkehr bezeichnet. Vornehmlich der Bundesverkehrsminister - der sich mit Blaulicht und Polizeieskorte selbst in dichtesten Verkehr "freie Bahn" zu schaffen weiß - huldigt dieser Anschauung. Daher soll die höchstzulässige Fahrgeschwindigkeit gedrosselt werden. Seeborn bezeichnet etliche bereits praktizierte Geschwindigkeitsbegrenzungen als "durchschlagende Erfolge".

Die Geschwindigkeitsbegrenzung ist jedoch kein ausreichendes Mittel im Kampf gegen die Verkehrsgefahren. Es gibt keine "zu hohe" Geschwindigkeit als mögliche Ursache einer Verkehrskatastrophe, die durch ein schematisches "Limit" - wie es der Bundesverkehrsminister ins Auge gefaßt hat - zu erfassen wäre. "Zu hohe Geschwindigkeit" ist allein abhängig von der jeweiligen Situation. Unter gegebenen Umständen ist eine Fahrgeschwindigkeit von lediglich 40 km/h oder gar 20 km/h bereits "zu hoch". Dagegen sind unter entsprechenden Verkehrs- und Straßenverhältnissen Geschwindigkeiten, die weit über der Grenze von 100 km/h liegen, völlig harmlos.

Wesentlicher noch als die Geschwindigkeit selbst ist zum Beispiel die Eignung des Kraftfahrers, die unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu beherrschen. Untaugliche Kraftfahrer können auch bei geringem Tempo die folgenschwersten Unfälle verursachen. Noch wichtiger sind die technischen Fahrqualitäten der benutzten Wagen. Vielen Fahrzeugen sind bereits bei 80 km/h deutliche Grenzen der Verkehrssicherheit gesetzt. Andere Wagen hingegen erlauben gefahrlos die Ausnutzung der doppelten Geschwindigkeit. Aber auch die jeweils "erlaubten" 80 bzw. 100 km/h addieren sich im Falle eines frontalen Zusammenstoßes zu einer Geschwindigkeit von 160 bzw. 200 km/h. Das macht in der Wirkung kaum noch ein Unterschied zu Unfällen bei erhöhter Geschwindigkeit aus.

Es genügt einfach nicht, die "Raserei" rücksichtsloser Kraftfahrer an den Pranger zu stellen. Den undisziplinierten oder unfähigen Fahrern ist mit Geschwindigkeitsbeschränkungen nicht beizukommen. Ein Minister hätte zur Erhöhung der Verkehrssicherheit mehr und anderes zu tun und Versäurtes nachzuholen. Bisher erhielt weder die Industrie die Auflage, bessere und verkehrstüchtigere Fahrzeuge zu bauen, noch ist für ausreichenden Verkehrsraum für den Kraftverkehr durch angemessenen Straßenbau Sorge getragen. Auch die Auslese des zum Führen eines Kraftfahrzeuges berechtigten Personenkreises ist ungenügend, und die polizeilichen Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle des Straßenverkehrs reichen auch nicht aus.

Die SPD hat daher den Plänen Dr. Seeborns zur Anordnung weiterer Geschwindigkeitsbegrenzungen widersprochen. Der Bundesverkehrsminister soll sich nicht mit solch unzureichenden Mitteln ein "gutes Gewissen" gegenüber der Verantwortlichkeit für 14 000 Verkehrstote verschaffen. Minister Seeborn bedauert selbst das Fehlen einer systematischen Erforschung der Unfallursachen im Straßenverkehr. Dieser Mangel sollte schleunigst behoben werden. Es ist die Aufgabe der amtlichen Verkehrspolitik, den Kampf gegen den Verkehrstod so zu führen, daß er Aussicht auf Erfolg und nicht nur propagandistische Wirkung hat.

Das "Brandenburger Tor" half Berlin

D.Str. - Bis zum 17. Juni 1960, dem Erinnerungstag an den Aufstand der Mitteldeutschen, gegen das Ulbricht-Regime, werden in allen Ländern der Bundesrepublik die Einwohner unserer Staatsprovisoriums aufgefordert werden, der Aktion "Selbstbestimmung für alle Deutschen" ein bescheidenes Opfer in die Sammelbüchsen zu tun. Wieder wird das Wahrzeichen des freien Berlins, das Wahrzeichen eines einzigen Deutschlands, zum Verkauf angeboten, das Brandenburger Tor. Schon einmal, in vergangenen Jahre, war das Brandenburger Tor am Ruckaufschlag das Symbol für die Freiheit Berlins und für die Forderung an die Großmächte, Deutschland wiederzuvereinigen. "Macht das Tor auf!", so forderte damals das kleine Abzeichen.

Jetzt hat das Kuratorium "Unteilbares Deutschland", mitgetragen von allen demokratischen Parteien der Bundesrepublik, einen Finanzbericht über die Verwendung der eingekommenen Spenden der Aktion "Macht das Tor auf" vorgelegt. Bis einschließlich März 1960 konnte 2 547 jugendlichen Flüchtlingen und Spätaussiedlern ein Ferienaufenthalt oder ein Zuschuß für Bildungs- und Erholungsfahrten gewährt werden. 679 Flüchtlinge und Lagerbewohner nahmen an Freizeiten und Erholungsaufenthalten teil. 776 Berliner Kinder erhielten aus den Mitteln der Aktion "Macht das Tor auf" einen Ferienaufenthalt oder einen Zuschuß für Erholungswochen. 1 036 alte und bedürftige Berliner verlebten einen mehrwöchigen Erholungsaufenthalt in Heimen des Bundesgebietes. Für das Durchgangslager Tübingen und für den Berliner Bezirk Wedding wurden insgesamt drei Kinderspielplätze eingerichtet. 8 265 Exemplare des Buches "Das ganze Deutschland" wurden an jugendliche Flüchtlinge und Spätaussiedler verteilt. Aber noch sind weitere finanzielle Mittel vorhanden, so daß noch eine ganze Reihe von Betreuungsmaßnahmen vorbereitet werden konnte. Sie werden in Kürze anlaufen.

Die Verwaltung der Gelder, die durch den Verkauf des Abzeichens vom Brandenburger Tor eingehen, unterliegt einem Arbeitskreis, dem der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Paulsen, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, und Prof. Dr. Heimpel, Göttingen, angehören. Dieser Arbeitskreis hat auch die Verwaltung der aus der "Aktion Selbstbestimmung" eingehenden Spenden übernommen. Die Gelder werden nach Maßgabe dieses Gremiums im Einvernehmen mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister für die Finanzierung von Jugendreisen nach Berlin und an die Zonengrenze, sowie für die staatsbürgerliche Aufklärung und Erziehung der Jugendlichen im Zusammenhang mit diesen Reisen verwendet. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel